**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Samstag, 5. Juli 1947.**

**Personalpolitik in Rheinland-Pfalz. Erklärungen des seitherigen Innenministers**

Unser OZ-Redaktionsmitglied hat die schwebende Regierungskrise Rheinland-Pfalz zum Anlaß genommen, dem seitherigen Innenminister Jakob Steffan, dessen Ressort bei den gegenwärtigen Diskussionen zwischen den Parteien und in der Presse besonders umstritten ist, einige Fragen vorzulegen, die uns bereitwillig beantwortet wurden.

Frage: „Wie stehen Sie zu der immer wieder in der Öffentlichkeit auftretenden Behauptung, Sie hätten eine robuste Personalpolitik betrieben?“

Antwort: „Kein Vorwurf ist je unbegründeter erhoben worden als dieser. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit? Die CDU hat fast zwei Jahre hindurch eine einseitige Personalpolitik in dem heutigen Lande Rheinland-Pfalz durchgeführt. Das parteipolitische Verhältnis innerhalb der Beamtenschaft ist ungefähr so, daß 80 Prozent Mitglieder oder Anhänger der CDU sind, während die verbleibenden restlichen 20 Prozent aufgeteilt sind unter den Sozialdemokraten, den Demokraten und den Kommunisten. Daß ich angesichts dieser durch nichts zu widerlegenden Tatsache entschlossen sein mußte innerhalb einer Koalitionsregierung sämtliche Koalitionsparteien bei der Personalpolitik entsprechend zu berücksichtigen, ist eine Selbstverständlichkeit, über die unter politischen Menschen keine Meinungsverschiedenheiten bestehen sollte.“

Frage: „Können Sie uns einige Angaben über Ihre seither betreibende Personalpolitik geben?“

Antwort: „Wir haben im Landes Rheinland-Pfalz vierzig Landräte. Davon sind sieben Sozialdemokraten und dreiunddreißig Mitglieder der CDU. Wir haben in Rheinland-Pfalz fünf Regierungspräsidenten, davon ist einer Mitglied der SPD und vier der CDU. Unter den fünf Vizepräsidenten ist einer Sozialdemokrat. In dem Innenministerium ist einer Sozialdemokrat gewesen, nämlich der bisherige Innenminister selbst. Alle anderen aber bis herunter zum Türhüter, sind Mitglieder der CDU. Das weiß die Leitung der CDU gründlich und genau, und die leitenden Männer haben in Privatgesprächen das auch ausdrücklich zugegeben. Wenn aber diese falsche Behauptung immer wiederkehrt, dann muß ich mich auch einmal hierzu äußern. Es ist nämlich so, daß einige Mitglieder der CDU, die Regierungsrat werden oder in der Polizei die Spitzenstellungen innehaben wollten, dabei auf keine Gegenliebe gestoßen sind. Nicht etwa, weil sie Mitglieder der CDU sind, sonder weil die sachlichen Qualitäten nicht vorlagen, die zur Bekleidung solcher Posten nach meiner Ansicht ein Erfordernis sind. Aus gekränkter Eitelkeit haben sie die CDU-Leitung bisher mit falschen Informationen versehen, haben ihren Einzelfall aufgebauscht und um deßwillen bei der CDU-Leitung sowohl als auch in der Öffentlichkeit ein falsches Bild geschaffen.“

Frage: „Können Sie uns über die besonderen Verhältnisse in Rheinhessen Auskünfte geben, die Sie ja doch als Regierungspräsident selbst am besten kannten?“

Antwort: „In Rheinhessen waren die Verhältnisse von 1945 an genau noch so, wie sie heute sind. Es ist mit maßgebenden Leuten der CDU und mit der Militärregierung die Vereinbarung getroffen worden, daß die vier Landräte in Rheinhessen aufzuteilen sind, derart, daß die sozialdemokratische Partei zwei und die CDU zwei Landräte erhält. Die Sozialdemokraten haben den Landrat des Landkreises Mainz und denjenigen des Landkreises Bingen. Der Landrat des Landkreises Alzey und derjenige des Landkreises Worms ist der CDU vorbehalten. Daß der Posten in Alzey noch nicht besetzt werden könnte, ist nicht meine Schuld. Ich habe ein ganzes Jahr lang die CDU-Leitung um Vorschläge gebeten. Verwendbare Vorschläge sind mit bis heute nicht gemacht worden. Der Landrat des Landkreises Worms wurde ‚irrtümlicherweise‘ von der CDU den Sozialdemokraten angerechnet. Im Stadt- und Landkreis Worms wurde dieser Versuch der CDU bei den politischen Kreises nur mit einem Lächeln quittiert, da es sich bereits herumgesprochen hatte, daß der derzeitige Landrat des Landkreises Worms alles, nur kein Sozialdemokrat ist. Es wurde von der CDU geklagt, daß der Regierungsvizepräsident in Rheinhessen nicht aus ihren Kreises genommen werden sei[!]. Auch hierzu habe ich nicht das Geringste beigetragen. Es war eine Vereinbarung der CDU-Leitung mit der Militärregierung, daß die Lösung der Personalfrage nach dieser Richtung vorgenommen wurde, wie es geschah. Was berechtigt also zu einem Vorwurf nach dieser Richtung gegen mich, den bisherigen Innenminister? Insgesamt erkläre ich zu der von mir seither betriebenen Personalpolitik, daß die CDU kein Recht hat, sich benachteiligt zu fühlen. Wer sich benachteiligt fühlen kann, und zwar nicht durch mich, sondern durch die CDU, das sind die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Das muß einmal festgestellt werden, damit der Staatsbürger von Rheinland-Pfalz auch einmal von der anderen Seite her erfährt, wie es sich mit der angeblichen ‚robusten Personalpolitik‘ des Innenministers verhält.“